

Bundesärztekammer: Streit um GKV-Finanzierung

Ute Pappelbaum

Bundesärztekammer-Präsident Klaus Reinhardt erhöht den Druck auf die Finanzpolitik: Der Bund müsse sich mit mindestens drei Milliarden Euro an der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) beteiligen. Hintergrund ist das geplante Sparpaket für die GKV, das nach Darstellung der Ärzteschaft vor allem Versicherte, Patienten und Beschäftigte im Gesundheitswesen belasten würde.



Quelle: Die Hoffotografen

„Es ist absolut inakzeptabel, dass sich der Bundesfinanzminister wegduckt“,

kritisiert Reinhardt. Ein zusätzlicher Steuerzuschuss sei ein

„dringend notwendiger Schritt“,

um die Finanzierungslücke zu schließen, die laut Finanzkommission Gesundheit jährlich rund 12,5 Milliarden Euro beträgt.

Systemfremde Lasten im Umlagesystem

Im Kern geht es um ein strukturelles Problem der GKV: die Finanzierung sogenannter versicherungsfremder Leistungen. Dazu zählen Aufgaben mit gesamtgesellschaftlichem Charakter, die systematisch über lohnbezogene Beiträge finanziert werden. Ökonomisch entsteht dadurch eine Verzerrung der Beitragslogik, da versicherungsindividuelle Risiken und staatliche Umverteilungsziele vermischt werden. Die Forderung nach Steuerfinanzierung zielt auf eine klare Trennung dieser Funktionen. Würden versicherungsfremde Leistungen aus dem Bundeshaushalt gedeckt, würde die GKV bilanziell entlastet und die Beitragsentwicklung stabilisiert. Gleichzeitig würde die Finanzierung stärker an der Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft ausgerichtet.

Fiskalpolitik gegen Sozialversicherung

Die politische Bruchlinie verläuft zwischen Haushaltsdisziplin und Systemstabilität. Während das Bundesfinanzministerium zusätzliche Ausgaben vermeidet, verschiebt sich die Last in die Sozialversicherung. Das geplante Sparpaket steht exemplarisch für diese Verlagerung: Konsolidierung im Bundeshaushalt wird durch steigende Beiträge oder Leistungseinschränkungen in der GKV erkaufte. Reinhardt kritisiert zudem die fehlende strategische Konsistenz: Die bislang vorgesehene Anhebung der Tabaksteuer diene primär der Gegenfinanzierung anderer politischer Maßnahmen, nicht aber der nachhaltigen Stabilisierung der Gesundheitsfinanzen. Eine zweckgebundene Verwendung gesundheitspolitischer Lenkungssteuern bleibt damit aus.

Prävention als Finanzierungsquelle

Ein alternativer Ansatz liegt in der stärkeren Besteuerung gesundheitsschädlicher Konsumgüter. Höhere Abgaben auf Tabak, Alkohol oder zuckerhaltige Getränke hätten eine doppelte Wirkung: zusätzliche Einnahmen für das Gesundheitssystem und eine dämpfende Wirkung auf den

Konsum. Empirisch gilt diese Preissensitivität insbesondere bei jüngeren Bevölkerungsgruppen als gesichert. Damit würde sich die Finanzierungsbasis teilweise von der Arbeit hin zum Konsum verschieben – ein ordnungspolitisch relevanter Eingriff in die Struktur der Gesundheitsfinanzierung. Gleichzeitig bleibt offen, ob solche Einnahmen stabil genug sind, um strukturelle Defizite dauerhaft zu decken.

Verschiebung der Finanzierungslogik

Die Debatte markiert einen grundlegenden Zielkonflikt: Soll die GKV weiterhin als Mischsystem aus Versicherung und Sozialpolitik fungieren – oder erfolgt eine klare Trennung mit stärkerer Steuerfinanzierung? Die aktuelle Politik deutet auf eine Fortsetzung der impliziten Quersubventionierung hin. Langfristig verändert dies das Verhalten aller Beteiligten: Steigende Beitragssätze erhöhen den Druck auf Löhne und Beschäftigung, während fehlende Steuerzuschüsse die politische Verantwortlichkeit für gesamtgesellschaftliche Leistungen verschleiern. Die Finanzierungsfrage wird damit zur Systemfrage der gesetzlichen Krankenversicherung. Am Ende steht eine klare ökonomische Linie: Solange versicherungsfremde Leistungen nicht konsequent aus Steuermitteln finanziert werden, bleibt die GKV strukturell überlastet – und politische Konsolidierung wird zulasten ihrer Beitragszahler organisiert.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949465/gkv-finanzierung-steuerzuschuss-systemlogik/>